

Stand: 27.07.2026 07:49:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/29355

"Zur Demokratie gehört die Redefreiheit: Volkssouveränität achten und Rede- und Versammlungsfreiheit schützen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/29355 vom 14.06.2023
2. Beschluss des Plenums 18/29401 vom 14.06.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 147 vom 14.06.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Andreas Winhart, Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ralf Stadler** und **Fraktion (AfD)**

Zur Demokratie gehört die Redefreiheit: Volkssouveränität achten und Rede- und Versammlungsfreiheit schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Kennzeichen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind die Meinungs- und Redefreiheit.
2. Das Volk hat gemäß Artikel 8 des Grundgesetzes und Artikel 113 der Bayerischen Verfassung die Freiheit, sich im Rahmen der geltenden Gesetze jederzeit friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
3. Politisch motivierte Festlegungen des „Sagbaren“ und der Ausschluss von Meinungen und Thesen, die von der Mehrheitsmeinung abweichen, stehen im Widerspruch zum freien Diskurs, der für eine Demokratie unverzichtbar ist.

Die Staatsregierung wird aufgefordert:

1. jedem Versuch, die Freiheit der Meinungsäußerung durch Tabuisierung von Themen und Wortwahl über die Begrenzungen des geltenden Rechts hinaus einzuschränken, klar zu widersprechen,
2. ihre Mitglieder dazu anzuhalten, Verunglimpfungen und Beschimpfungen von friedlichen Demonstranten zu unterlassen,
3. politisch motivierte Sanktionierungen von Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst wegen politischer Meinungsäußerungen, die nicht gegen das geltende Recht verstoßen, zu unterbinden,
4. Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, wie sie zwischen 2020 und 2022 in Bayern gegen jede wissenschaftliche Evidenz verordnet wurden, künftig auszuschießen.

Begründung:

Seit einigen Jahren kommt es immer häufiger zu Versuchen, die Meinungen Andersdenkender als „rechts“, „rechtsextrem“, „antidemokratisch“ oder „verschwörungsideologisch“ zu verunglimpfen und Thesen, die vom behaupteten Konsens abweichen, als „Fakenews“ zu denunzieren, ohne sie einer fairen und kritischen Prüfung unterzogen zu haben. Es fällt auf, dass diese Tendenzen hauptsächlich von linken Gruppierungen und Parteien vorangetrieben werden, die sich selbst gerne als „demokratisch“ und als die „politische Mitte“ bezeichnen, dabei jedoch außer Acht lassen, dass in einer freiheitlichen Demokratie immer eine Pluralität der Meinungen vorhanden sein muss – was insofern zwangsläufig gegenüber einer als „links“ eingestuften Meinung immer die Möglichkeit einer divergierenden, anderen Position bedingt, deren Positionierung als „rechts“ der inneren Logik der traditionellen Einteilung politischer Meinungen im parlamentarischen System entspricht.

Die Verengung des Meinungskorridors durch linke Gruppierungen, zu deren Taktik es gehört, immer wieder neue Begriffe und Meinungen zu erschaffen und gleichzeitig andere zu tabuisieren, indem sie als jenseits des „Sagbaren“ dargestellt werden, hat der demokratischen Kultur in unserem Land schweren Schaden zugefügt. Viele sprechen daher mittlerweile von einer linken, kulturmarxistisch geprägten Meinungsherrschaft, die die seit 1946 in Bayern etablierten Parteien, die früher dem gesamten parlamentarischen Spektrum entsprachen, zu einer links-gerichteten Einheitsfront umgestaltet und umgeschmolzen habe.

Es nimmt daher nicht wunder, dass die Vertreter der von dieser Entwicklung erfassten Parteien jede Kritik aus dem Volk als Angriff auf den von ihnen auf ein linkes Meinungsspektrum eingeschränkten Diskursrahmen verstehen. Ein besonders klägliches Beispiel für die fehlende Souveränität im Umgang mit anderen Meinungen und Kritik aus dem Volk gab am 10.06.2023 der Ministerpräsident Dr. Markus Söder ab, als er Unmutsbekundungen aus der Menge als undemokratisch bezeichnete und die Kritiker aufforderte, abzuhausen.

Die Demokratie in Bayern steht insofern an einem Scheideweg zwischen weiterer Beschneidung und Einengung der Rede- und Meinungsfreiheit zum Schaden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der Wiederbelebung der Volkssouveränität, die ihren Ausdruck in einer freien und ungelenkten Äußerung von Standpunkten und Meinungen findet.

Der Landtag als Vertreter des Souveräns ist dazu aufgerufen, ein Bekenntnis zur Meinungs- und Redefreiheit abzugeben und die Staatsregierung zur Einhaltung demokratischer Standards im Verhalten ihrer Mitglieder aufzufordern. Dies schließt auch ein Ende der politisch motivierten Sanktionierungen von Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst ein, die ihr Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen, sofern sie nicht gegen schon bisher geltende Gesetze verstoßen.

Nicht zuletzt gehört zur Wahrung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Schutz der Versammlungsfreiheit der Bürger. Im Zuge der „Coronapandemie“ wurde das Recht des Volkes, sich unter freiem Himmel ohne Waffen zu versammeln, ohne wissenschaftliche Grundlage über den Verordnungsweg eingeschränkt. Dies stellt einen schweren Eingriff in die Grundrechte dar, der sich nicht wiederholen darf. Für künftige Ereignisse, seien sie medizinischer, wirtschaftlicher, umweltbedingter oder kriegsrechtlicher Natur sollte ein demokratischer Rechtsstaat solche Eingriffe kategorisch ausschließen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Ulrich Singer, Andreas Winhart, Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ralf Stadler** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/29355

Zur Demokratie gehört die Redefreiheit: Volkssouveränität achten und Rede- und Versammlungsfreiheit schützen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Thomas Gehring

Abg. Uli Henkel

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Ulrich Singer

Abg. Tobias Reiß

Abg. Ruth Müller

Abg. Kerstin Celina

Abg. Sebastian Körber

Abg. Gerd Mannes

Abg. Martin Hagen

Abg. Michael Busch

Abg. Christian Klingen

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur weiteren gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Demokratie gemeinsam stärken statt das Lied der Rechtspopulisten singen!
(Drs. 18/29328)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)

Zur Demokratie gehört die Redefreiheit: Volkssouveränität achten und Rede- und Versammlungsfreiheit schützen (Drs. 18/29355)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Abgeordneten Thomas Gehring für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Prinzipien von Gleichheit und Anstand, die Gefühle von Freiheit und gemeinsamer Überzeugungen bilden das Wesen von Demokratien.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das haben wir heute Nachmittag von Frau Kollegin Schulze gehört! Geistige Brandstiftung!)

So schreiben Steven Levitsky und Daniel Ziblatt in ihrem Buch "Wie Demokratien sterben". Sie beschreiben, wie Demokratien erodieren, weil Akteure in Parteien, in Parlamenten, in Regierungen diese Prinzipien nicht achten, weil sie demokratische Auseinandersetzungen als Kampf oder Krieg verstehen und persönliche Profilierung über die gemeinsamen Werte stellen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Lukaschenko!)

Wir alle, aber insbesondere die Mitglieder der Staatsregierung tragen Verantwortung dafür, wie wir im demokratischen Streit gemeinsam miteinander umgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Wir und die Mitglieder der Staatsregierung, die qua Amt das Privileg haben, öffentlich zu sprechen, Gehör zu finden, tragen Verantwortung für unsere öffentlichen Worte und unsere Sprache.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Sprachlicher Anstand und Redlichkeit – ich weiß, das sind konservative Begriffe – sind Voraussetzungen für einen demokratischen Diskurs. Wir fordern hier mit diesem Antrag, dass sich die Mitglieder dieser Staatsregierung diesem Anstand und dieser Redlichkeit verpflichten. Denn bei seinem Auftreten am Wochenende in Erding hat Hubert Aiwanger diesen Anstand nicht gezeigt und diese Redlichkeit vermissen lassen. Erding war ein Tiefpunkt im demokratischen Diskurs – so etwa eine Überschrift in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", so ist aber auch die Einschätzung vieler Kommentatorinnen und Kommentatoren, aber auch von Kolleginnen und Kollegen, etwa aus der CDU.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Morgen den "Merkur" lesen!)

Herr Aiwanger hat – nicht zum ersten Mal – eine rote Linie überschritten. Ich zitiere diesen Satz: "Jetzt ist der Punkt erreicht, wo endlich die schweigende große Mehrheit dieses Landes sich die Demokratie wieder zurückholen muss und denen in Berlin sagen: Ihr habts wohl den Arsch offen [...]" – Die sprachliche Entgleisung am Ende des Satzes steht für das Niveau des Redners. Gut, dafür ist jeder selbst verantwortlich. Schlimmer sind die Anklänge an Aussagen der AfD und von Donald Trump, etwa wenn Aiwanger laut Presse brüllt:

(Zuruf des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Wir werden diese Berliner Chaoten vor uns hertreiben. – Aber noch mehr geht es mir um den Inhalt dieses Satzes. Er ist zutiefst falsch und antidemokratisch.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Genau-so wie Habeck!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus, Demokratie war im Deutschland des Jahres 2023 nie weg und muss auch nicht zurückgeholt werden. Der Satz Aiwangers ist ungeheuerlich und wurde auch nicht in irgendeiner Art und Weise relativiert. Was ist der Sachverhalt? – Eine demokratisch gewählte Bundesregierung macht einen Gesetzentwurf, der jetzt in einem demokratischen Beratungsverfahren im höchsten deutschen Parlament beraten wird – er wurde übrigens heute eingebracht – und dann demokratisch, per Mehrheitsentscheid, entschieden wird. Das ist Demokratie.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Was war denn dann Wackersdorf?)

– Herr Streibl, Demokratie ist auch, dass eine breite Mitte der Gesellschaft, nämlich 99 % der Wählerinnen und Wähler, bei der letzten Bundestagswahl entschieden haben, dass die FREIEN WÄHLER nicht in den Bundestag einziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Und noch ein Punkt, auch zu Ihrer heutigen Pressemitteilung, Herr Mehring: Nicht die Bundesregierung spaltet, die da einen Gesetzentwurf vorlegt, der in demokratischen Gremien und in einer demokratischen Öffentlichkeit diskutiert wird und auch diskutiert werden muss, der vielleicht durch die Diskussion verändert, vielleicht ganz zurückgezogen wird. Das ist Demokratie. Nein, es spalten diejenigen, die diesen Gesetzentwurf eben nicht diskutieren, die agitieren, die Unwahrheiten sagen, die Ängste schüren.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Es geht nicht nur um den Gesetzentwurf, es geht um Ideologie!)

Ja, es gibt Ängste in der Bevölkerung. Es gibt Ängste, es sind schwere Zeiten nach Corona, jetzt der Angriffskrieg in der Ukraine, die Klimakrise, die Inflation. Es ist die Aufgabe eines Ministers, diese Ängste in der Bevölkerung wahrzunehmen. Es ist aber nicht die Aufgabe eines Ministers, Ängste zu schüren und Ängste zu instrumentalisieren. Das ist unanständig und undemokratisch.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch bei den FREI-
EN WÄHLERN und der CSU)

Diese Äußerung, dass sich die schweigende Mehrheit die Demokratie zurückholen muss, ist unhaltbar und eines Demokraten unwürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Matthias Hauer schrieb: "Wer ernsthaft meint, es müsse sich in Deutschland eine ‚schweigende Mehrheit‘ die ‚Demokratie zurückholen‘, der hat das Ende der Populismus-Fahnenstange erreicht [...]." Und Ilse Aigner, die Landtagspräsidentin, hat gesagt, man könne die Entscheidungen der Ampel für richtig oder eben falsch halten. "Aber die Entscheidungen wurden demokratisch gefällt. Das sollte auch ein Stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender einer Partei in Regierungsverantwortung nicht infrage stellen." – Recht hat sie.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Es geht nicht um eine Entscheidung!)

Staatskanzleichef Florian Herrmann sagt: Wir leben in einer Demokratie, und deshalb brauchen wir auch niemanden aufzufordern, diese von irgendwoher zurückzuholen. Innenminister Joachim Herrmann warnt Aiwanger davor, eine Sprache zu gebrauchen, wie sie bei Querdenkern und Reichsbürgern benutzt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und Robert Ha-
beck! – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

– Aber Aiwanger ist dieser Satz nicht irgendwie herausgerutscht. Er hat sich danach, trotz Kritik und auf mehrfache Nachfrage nicht dafür entschuldigt, im Unterschied zu Herrn Habeck, Herr Pohl. Er hat ihn relativiert, er hat ihn verteidigt und angekündigt, diese Sprache weiter zu sprechen. Das ist der Unterschied, das ist Aiwanger!

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Kritik daran als linke Masche abzutun, die Kritik von Ilse Aigner und Florian Herrmann, das zeigt, wie intellektuell erbärmlich und uneinsichtig Herr Aiwanger ist.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Dazu kommt dann eine Kritik an der Presse, die an das Lügenpresse-Narrativ erinnert. All das zeigt, in welchen Irrealitäten dieser Stellvertretende Ministerpräsident unterwegs ist.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie der Abgeordneten Alexandra Hiersemann (SPD))

Als Regierungsmitglied hat man nicht nur Verantwortung dafür, was man sagt, sondern auch dafür, vor wem man was sagt. Um es klarzustellen: Demonstrationen gegen grüne Regierungspolitik sind okay. Aber man muss schon schauen, mit wem man demonstriert.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Connewitz! Connewitz! – Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Herr Pohl, Sie können bei jeder Kundgebung von mir dabei sein und schauen, wer da demonstriert, kein Problem. Aber man muss schon schauen, mit wem man demonstriert.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

– Herr Mehring, in Erding waren AfD-Anhänger dabei. Transparente machten deutlich, dass Leute aus der Querdenkerszene dabei waren. Es ging um eindeutig rechtsextre-

me Codes bis zu einem Aufruf zum Mord mit dem Plakat: "Hängt die GRÜNEN". Da gehört es sich als Stellvertretender Ministerpräsident, sich von solchen Plakaten zu distanzieren. Man kann auch dazu auffordern, sie abzunehmen. Es hätte sich auch gehört, eine Rede abzubrechen. Stattdessen lässt er sich von einem, zumindest in Teilen, rechtsradikalen Publikum mit "Hubsì"-Rufen feiern. Das ist unerhört!

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Alexander König (CSU): Was hätte er dagegen machen sollen?)

Aber auch Ministerpräsident Söder konnte es nicht lassen. Auch er wollte noch schnell auf diese eigenartige Veranstaltung, weil er Aiwanger das Feld nicht alleine überlassen konnte. Ministerpräsident Söder hat dann realisiert, als es Buh-Rufe gegen ihn gab, auf welcher Veranstaltung er war. Erst dann hat er sich von den zahlreichen AfD-Anhängern distanziert. Das war nötig und richtig. Hubert Aiwanger jedoch wurde gefeiert – und er ließ sich feiern.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Was hätte er denn sagen sollen?)

Wir stellen seit einiger Zeit fest, dass Herr Söder und Herr Aiwanger sich in einem verhängnisvollen – –

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Was hätte er denn machen sollen?)

– Herr Mehring: schweigen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist ja so ein Krampf!)

– Ja, Ihre Zwischenrufe sind Krampf. Seien Sie einfach einmal ruhig.

Herr Söder und Herr Aiwanger sind seit einiger Zeit

(Unruhe bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

in einem verhängnisvollen Wettbewerb um rechtspopulistische Stimmen, mit denen sie sich immer weiter in ein rechtspopulistisches Vokabular treiben lassen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und Habeck stellt sich vor linksradikale Gewalt!)

Ich habe in letzter Zeit Markus Söder immer wieder in seiner Rolle als Ministerpräsident in einer Reihe von Reden bei unterschiedlichen Anlässen gehört. Da wird gewitzelt, da wird geschwindelt, da gibt es bewusst gesagte Unwahrheiten, da werden Witze auf Kosten Dritter gemacht, da wird die Sprache rechter Agitatoren, rechter Medien übernommen, da gibt es die Diffamierung politisch Andersdenkender.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all denen, die diese Sprache rechter und undemokratischer Demagogen benutzen, ist nicht klar, welches wertvolle Geschenk diese liberale Demokratie ist, wie wertvoll eine aufgeklärte Öffentlichkeit ist und wie gefährdet sie zugleich ist. Das darf man für eine Wahlkampfstrategie nicht aufs Spiel setzen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Was soll das?

Das ist Wahlkampfstrategie in Reinkultur! Die ganze Debatte ist nur Wahlkampf!)

Hohes Haus, Herr Aiwanger hat – nicht zum ersten Mal – eine rote Linie überschritten. Er tut das bewusst und kalkuliert, und er wird es wieder tun.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Daher ist er als Stellvertretender Ministerpräsident und Mitglied einer Bayerischen Staatsregierung nicht tragbar. Wir fordern den Ministerpräsidenten auf, ihn zu entlassen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): So weit kommt es noch, dass der Ministerpräsident auf die GRÜNEN hört!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Gehring. – Es liegen vier Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor; die erste von Herrn Abgeordneten Henkel, AfD-Fraktion.

Uli Henkel (AfD): Herr Gehring von den GRÜNEN, ich frage Sie: Wer definiert denn die sogenannte rote Linie, von der Sie gerade gesprochen haben? Etwa die Abgeordneten der GRÜNEN? Sie sollten sich meines Erachtens auf das Definieren von grünen Linien konzentrieren.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen. 10,2 % der Wähler in Bayern haben im Oktober 2018 in allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen die AfD gewählt und uns Abgeordnete als ihre Vertreter hier in den Bayerischen Landtag geschickt. Wie sieht es denn da mit Ihrem Demokratieverständnis aus, wenn auch Sie sich seither beharrlich weigern, uns die uns doch im Landtag zustehenden Funktionen und Positionen zuzugestehen, so auch heute wieder bei der gescheiterten Wahl des Vizepräsidenten oder bei der gescheiterten Wahl des Mitglieds im Parlamentarischen Kontrollgremium? Sie agieren doch irgendwie nach dem Motto: Und ist der Abgeordnete unbequem, so gilt er gleich als rechtsextrem.

Ich frage Sie: Wer definiert diese roten Linien? – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Abgeordneter, rote Linien werden definiert durch unsere Bayerische Verfassung, durch unser Grundgesetz und auch durch den demokratischen Diskurs in unserer Gesellschaft. Die AfD ist in diesem Land demokratisch gewählt, und ihre gewählten Vertreter haben alle Möglichkeiten und Rechte eines Abgeordneten wie jeder andere auch, und sie werden von uns auch dementsprechend behandelt.

Zur Demokratie gehört aber auch, dass man Wahlen verliert. Demokraten akzeptieren auch das Ergebnis von Wahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Mehring, FREIE WÄHLER.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Vizepräsident, lieber Thomas, jetzt haben Sie auskömmlich aus einem informellen Setting in Erding vom vergangenen Wochenende zitiert. Erlauben Sie mir, aus einem formellen Setting in München von heute Nachmittag zu zitieren, nämlich aus der Aussprache zur Regierungserklärung im Rahmen der heutigen Plenarsitzung.

Der Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten hat den Stellvertretenden Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern darin mit dem Diktator Lukaschenko verglichen, der heute dem Westen mit dem Einsatz von Atomwaffen gedroht hat. Ihre Fraktionsvorsitzende, die Kollegin Schulze, sprach mit Blick auf den Stellvertretenden Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern von einem geistigen Brandstifter, der ein astreiner Rechtspopulist sei.

Ich frage Sie, Herr Präsident, im Hinblick auf die entlarvende Radikalität, mit der Sie auftreten, gegenüber der die Rede von Hubert Aiwanger in Erding ja fast schon die eines Waisenknaben war, ob Sie bereit sind, sich von den heutigen parlamentsöffentlichen Aussagen Ihrer Fraktionsvorsitzenden zu distanzieren und ob wir uns, nachdem Sie heute die Entlassung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten beantragen, darauf verlassen können, dass Sie morgen auch parteiintern den Rücktritt Ihrer Fraktionsvorsitzenden beantragen.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Aiwanger hat in Erding eindeutig Prinzipien einer liberalen Demokratie verletzt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Geistige Brandstifter sind Teil einer Demokratie! Astreine Rechtspopulisten!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Moment! Herr Gehring hat das Wort. Sie haben Ihre Frage gestellt. Jetzt hat Herr Gehring das Wort. – Bitte.

(Alexander König (CSU): Das grüne Gericht spricht!)

Thomas Gehring (GRÜNE): Es gilt, das zu verhandeln und darüber zu reden. Er ist kein Waisenkind im Austeilen. Von daher sollte er auch kein Waisenkind im Einstecken sein.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Grüne Doppelmoral! Peinlich! – Alexander König (CSU): Das ist eine grüne Doppelmoral? Das ist überhaupt keine Moral! – Weitere Zurufe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung: der fraktionslose Abgeordnete Bayerbach. Bitte sehr, Herr Bayerbach.

Markus Bayerbach (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Gehring, Sie haben uns heute erklärt, wie woke ein Abgeordneter reden muss, was Demokratie ist und wie man gegenseitige Rücksichtnahme üben muss. Wie verträgt sich das bitte mit der Aussage, die Sie gegenüber unserem Vizeministerpräsidenten getroffen haben, dass er intellektuell minderbemittelt sei – so in dieser Richtung haben Sie ihn bezeichnet.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich bin ganz ehrlich: Sie haben Zweifel an der intellektuellen Leistung unseres Herrn Aiwanger geäußert. So etwas geht überhaupt nicht. Das ist eine persönliche Beleidigung – und das in einer Rede, in der Sie jedem anderen erzählen wollen, wie man Moral hat und wie man sich sprachlich ausdrücken muss. Ich finde, das geht überhaupt nicht. Packen Sie sich erst einmal an der eigenen Nase, und räumen Sie in Ihrem grünen Stall auf. Die Worte, die da heute gefallen sind, waren hart an der Grenze, härter als vieles, was man von der AfD je gehört und bei denen immer sehr bemängelt hat.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Gehring.

Thomas Gehring (GRÜNE): Wenn Sie in der Lage sind, das richtige Zitat zu nennen, werde ich mich dazu äußern. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Geistiger Brandstifter! Astreiner Rechtspopulist! Lukaschenko!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die letzte Zwischenbemerkung: von Herrn Kollegen Prof. Bausback, CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege Gehring, ich halte es für absolut wichtig, dass wir uns von den Feinden der Demokratie klar abgrenzen. Das hat die CSU und das hat der Ministerpräsident nach rechts ganz deutlich und natürlich auch nach links gemacht. Schauen Sie im Internet nach: Die GRÜNEN, Bundesverband Bayern, Oberbayern, München sind Mitglied eines Bündnisses "noPAG". In diesem Bündnis ist die Antikapitalistische Linke, ist Antifa-NT, sind Organisationen in größerer Zahl, die im Bayerischen Verfassungsschutzbericht ausdrücklich und völlig zu Recht als linksextreme Organisationen eingeordnet werden.

Ich möchte Sie hier fragen:

(Zuruf von der AfD)

Distanzieren Sie sich von diesem Bündnis? Sind Sie weiter der Meinung, dass man mit diesen Organisationen zusammen demonstrieren kann?

(Alexander König (CSU): Kommunisten und GRÜNE!)

Es kann ja nicht sein, dass Sie hier auf der einen Seite moralische Forderungen aufstellen und auf der anderen Seite die Maßstäbe, nämlich gegen die Gegner der Demokratie vorzugehen, mit solchen Bündnissen desavouieren.

(Alexander König (CSU): Die kommen alle auf den grünen Scheiterhaufen!)

Ich erwarte, dass Sie sich hier auch klar positionieren. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall von der CSU – Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

Thomas Gehring (GRÜNE): Aufgrund meiner Geschichte habe ich keine Probleme, mich gegenüber Linksextremen abzugrenzen. In dieser Diskussion heute geht es aber um die Wortwahl.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es geht um die Wortwahl von Demokratinnen und Demokraten.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was für eine Doppelmoral!)

Es geht um unsere Sprache, und es geht um die Moral, die man mit seinen Worten zeigt.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Grüne Doppelmoral!)

– Das ist keine Doppelmoral,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Grüne Doppelmoral!)

sondern das ist leider offensichtliche Moral Ihrer Seite.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Grüne Doppelmoral! Aufhören!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Gehring. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Abgeordneter Singer.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Damen und Herren Kollegen! Werter Kollege Gehring, Sie haben mit Ihrer Rede gerade jede Glaubwürdigkeit in diesem Haus komplett verspielt.

(Beifall bei der AfD)

Es ist völlig inakzeptabel, wie Sie hier friedliche Demonstranten verunglimpft haben und wie Sie den Demonstranten, den Teilnehmern und den Rednern bei einer Demonstration, vorschreiben wollen, mit wem sie zu demonstrieren haben. Das ist verfassungsfeindlich, Herr Kollege.

(Zuruf von der AfD: Jawohl!)

In diesem Land gibt es eine Demonstrationsfreiheit, und die gilt auch für die GRÜNEN.

Ihr gesamter Antrag ist ein Paradebeispiel für den Wunsch einer links-grünen sozialistischen Bewegung – der stehen Sie voran –, alle Lebensbereiche mit Denk- und Sprechverboten zu belegen. Ich zitiere nur einen einzigen Satz aus Ihrem völlig unsäglichem Antrag:

Rechten und Reaktionären das Wort zu reden, untergräbt unsere Demokratie und unsere freie Gesellschaft.

Geschätzte Kollegen, sollen jetzt die Standpunkte und Meinungen nur noch von Ihrem persönlich Erlebten, vom woken Mainstream bestimmt werden, dem Sie sich unterworfen haben? Soll hier nur noch moralisch bewertet werden, was Sie für gut und richtig halten, und nicht mehr darauf geschaut werden, was wirklich stichhaltig ist und was mit der Realität zu tun hat?

Ist der Bürger unbequem, ist er für Sie gleich rechtsextrem, und alles was in Ihren Augen nicht gutmenschlich ist, das wird von Ihnen pauschal sofort als undemokratisch und unmoralisch verurteilt.

(Beifall bei der AfD)

Das Gefährliche daran ist, dass Sie Ihre Meinung in einer quasi religiösen Weise überhöhen und alle Kritiker sofort als Leugner brandmarken. Da kommt man dann zu den Begriffen "Klimaleugner", "Corona-Leugner" usw., und Sie beweisen damit eines als grüne Partei: dass Sie diskursunfähig und ausschließlich auf ein linksextremes politi-

schies Milieu ausgerichtet sind. Sie sind bewusst auf dem linken Auge blind, das haben Sie jetzt auch gerade in Ihrer Antwort noch mal gezeigt. Ich sage Ihnen noch etwas: Warum soll denn nur demokratisch sein, was links ist in diesem Land? Warum nicht auch etwas Rechtes? Warum nicht auch Auffassungen einer modernen Zukunftspartei wie der AfD?

(Andreas Winhart (AfD): Jawohl! – Beifall bei der AfD)

Wissen Sie, was in diesem Land wirklich queer ist, Herr Kollege Gehring von den GRÜNEN? – Das ist Ihr verqueres Verständnis der Demokratie. Sie wollen die Grenzen des Sagbaren immer weiter einschränken, und Sie vergessen eines: In einer echten Demokratie, in einer gelebten Demokratie, können alle zu Wort kommen, und jeder darf seine Meinung auch frei äußern. Das ist auch Teil unseres Grundgesetzes.

(Tim Pargent (GRÜNE): Das ist Ihre freie Meinung, oder was?)

Ich möchte auch noch die Reaktion des Ministerpräsidenten auf die Unmutsbekundungen der Demonstranten ansprechen. Das zeigt auch, dass unser Ministerpräsident bei dieser Demo den Boden der politischen Neutralität durchaus verlassen hat. Ein Politiker, insbesondere der Ministerpräsident, sollte nicht wie ein beleidigtes Kleinkind reagieren, und wenn man ihm vorwirft, wenn man ihm sagt: "Hau doch ab!", dann nicht mit "Hau doch selber ab!" reagieren.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Darf das nur die AfD sagen?)

Das ist die Reaktion eines kleinen Kindes. Er sollte stattdessen zuhören und die Bürger ernst nehmen. Gibt es mal Widerstand und Gegenwind, dann rasten Sie sofort aus.

(Alexander König (CSU): Jetzt reden Sie genau so wie die GRÜNEN! Das ist dieselbe Argumentationslinie!)

Man merkt doch jetzt auch wieder, wie dünnhäutig die CSU geworden ist. Nach all dem, was Sie unseren Bürgern in den letzten Jahren angetan haben, in denen die Staatsregierung mit überzogenen Corona-Maßnahmen hart durchgegriffen hat, müssen Sie auch einstecken.

(Zuruf von der CSU: Hör doch auf!)

Geschätzte Kollegen, wir widersetzen uns jedem Versuch, friedliche Demonstranten zu verunglimpfen oder hier die Meinungsfreiheit einzuschränken, den Wortgebrauch zu tabuisieren. Hier gibt es geltendes Gesetz und Recht, und alles andere lassen wir uns von Ihnen nicht vorschreiben.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Tobias Reiß für die CSU-Fraktion.

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Gehring, vielleicht haben Sie jetzt gemerkt, welche Rampe Sie mit Ihrem Antrag gebaut haben, den Sie heute hier eingebracht haben, und mit dem untauglichen Versuch, von Ihrem eigenen Versagen abzulenken.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Die AfD will nämlich Honig saugen aus Ihrer Doppelmoral und aus der Frage, dass Sie sich tatsächlich

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

mit Ihrem Geeiere an der linken Seite eben nicht abgrenzen. Winnie Bausback hat es doch zu Recht angesprochen: Sie koalieren in irgendwelchen Bündnissen mit vom Verfassungsschutz beobachteten linksextremen Organisationen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Oder in Lützerath: In Lützerath, wo gewaltbereite Linksextremisten die Polizei attackieren, demonstrieren GRÜNE.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört! – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Das ist die grüne Doppelmoral, und es sind doch auch die GRÜNEN, lieber Herr Kollege Gehring, die das Heizungsgesetz vermurkst haben – im wahrsten Sinne des Wortes.

(Zuruf von den GRÜNEN)

An diesem Gesetz entzündeten sich doch der Protest und die Wut. Die Leute erzürnt das zu Recht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

– Sie wissen ganz genau, Herr Kollege Adjei, dass das nicht nur Verschwörungstheoretiker oder Corona-Leugner waren, oder was es alles gewesen sein soll. Das war in Erding auch der Protest aus der Mitte der Gesellschaft.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es waren Handwerker da, Handwerksmeister, der Bauernverband war da, die Waldbesitzer waren da, und besorgte Bürger waren da. Es gibt etliche Umfragen, die zeigen, dass die Menschen sich Sorgen machen, finanziell überlastet zu werden. 88 % sind es bei Forsa, die sagen: Dieses Heizungsgesetz wird uns finanziell als Hauseigentümer und Mieter überlasten.

(Widerspruch der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE))

Deshalb war auch unser Ministerpräsident vor Ort, und er hat sich souverän

(Andreas Winhart (AfD): Nein, hat er nicht!)

den Feinden der Demokratie und den Pfiffen entgegengestellt. Sehr wohl hat er das!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Er hat sich klar abgegrenzt, und natürlich erwarte ich diese Abgrenzung von allen Mitgliedern der Staatsregierung.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir müssen unsere Demokratie selbstredend nicht zurückholen, sie ist nicht weg. Wir müssen die Demokratie verteidigen, und wir müssen sie stärken und dabei natürlich auch in der Wortwahl solide und souverän unterwegs sein – alle miteinander, auch Sie, Herr Kollege Gehring, und Ihre Fraktionsvorsitzenden, und der Herr von Brunn und alle, die heute auch ein Vokabular gebraucht haben, das nicht aus der Mitte der Demokratie stammt, sondern auch an den Rändern wildert. Das Credo der Politik, jedenfalls der CSU-Fraktion, ist es, dass wir für die Bürgerinnen und Bürger arbeiten, für die Demokratie kämpfen und gegen die Antidemokraten antreten, die hier rechts sitzen, aber auch gegen die Abgehobenheit von Links.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie haben das Buch zitiert, "Warum Demokratien sterben". Bei mir liegt der "Cicero" aus dem April. Auch der "Cicero" hat eine Titelgeschichte: "Am Volk vorbei regiert – Warum unsere Demokratie in Gefahr ist". Das liegt daran – wird dort analysiert –, dass Sie die Bodenhaftung verloren haben, was man auch an diesen Gesetzeswerken sehen kann, und vielleicht auch daran, dass in Ihren Ministerien, insbesondere bei Robert Habeck, die Aktivisten das Ruder übernommen haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Alexander König (CSU): Oder die Verwandten!)

Die Leute wollen, dass wir Ihnen zuhören, dass wir rausgehen, dass wir verwurzelt sind vor Ort, und nicht in der Berliner Blase, wie Sie es vorleben, einen Nährboden für Populisten schaffen, nur weil Sie berechtigten Unmut zurückweisen. Es gab wohl noch keine Regierung, die innerhalb von zwei Jahren die Bevölkerung maximal verunsichert und überfordert hat und die es auch geschafft hat – wenn man das Thema Deindustrialisierung ansieht und die Schwierigkeiten, die unsere Unternehmen mittlerweile im internationalen Wettbewerb haben –, sie zu schwächen.

Das gilt ja nicht nur für das Energieeffizienzgesetz, das heute auch als Wirtschaftsschrumpfungsgesetz angesprochen wurde. Wir erleben eine beginnende Deindustrialisierung, auch wegen viel zu hoher Energiekosten, weil die GRÜNEN, mit 15 % an der Regierung beteiligt, mit ihrer Ideologie diese Bundesregierung dominieren.

(Zuruf von den GRÜNEN: So ein Schwachsinn! – Jürgen Mistol (GRÜNE): Das hat doch nicht Hand und Fuß, was du erzählst!)

Die Ampel muss jetzt, das haben wir ja gelernt, Leitplanken einziehen, damit Herr Kollege Habeck, wenn er am Steuer sitzt, mit seinen Vorhaben nicht ständig in den Graben rutscht.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Die Leitplanken reichen aber nicht. Die Leitplanken werden nicht reichen. Das Heizungsgesetz ist ein Bürokratiemonster und muss komplett neu formuliert werden. Es darf jetzt nicht einfach in drei Wochen – der nächste Affront! – durch den Bundestag geboxt werden. Was ist denn das für eine Missachtung der parlamentarischen Demokratie!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Benjamin Adjei (GRÜNE): Wie macht ihr das? – Jürgen Mistol (GRÜNE): Ihr macht das doch genauso!)

Es braucht Anreize, es braucht Praxistauglichkeit statt Ideologie und Verbote. Sie stehen für Verbote und für Ideologie.

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Ihr steht für gar nichts!)

Sie sollten sich um Ihre Gesetzesvorhaben kümmern und nicht nur von Ihrem eigenen Versagen ablenken.

Ein Zitat noch von Herrn Habeck aus dem Jahr 2018, in dem er sich so schön über die Demokratie in Bayern geäußert hat: Endlich gibt es wieder Demokratie in Bayern, hat er gesagt, wenn die Alleinherrschaft der CSU endet.

(Zurufe: Hört, hört!)

Das sind die Einlassungen des Herrn Kollegen Habeck, und es gibt sicher noch mehr Zitate. Rüsten Sie also ab, und kommen Sie wieder zurück in die Mitte des Parlaments.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Gehring, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Kollege Reiß, da Sie ja so ein Experte für Linksextremismus sind: Halten Sie auch die Kritik von Ilse Aigner und Florian Herrmann an Hubert Aiwanger für eine linke Masche? Erste Frage.

Zweitens. Haben Sie sich jetzt eindeutig von den Äußerungen von Hubert Aiwanger distanziert?

Drittens. Ist der Artikel heute in der "Süddeutschen Zeitung" so zu verstehen, dass Markus Söder seine Strategie ändert und seine Wortwahl in Zukunft ändern wird?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tobias Reiß (CSU): Sie meinen, dass Sie mit Hinweisen auf Extremismus- oder Linksextremismus-Expertise davon ablenken können, dass Sie die zwar haben, aber nicht beachten,

(Thomas Gehring (GRÜNE): Ich habe eine Frage gestellt!)

weil Sie eben auf dem linken Auge blind sind und da alles zulassen wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zu den anderen Fragen ist alles gesagt. Sie haben mich sicherlich gut vernommen.

(Gabriele Triebel (GRÜNE): Stimmt! – Unruhe bei den GRÜNEN)

Es ist doch nicht – –

(Susanne Kurz (GRÜNE): Distanzieren Sie sich!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Jetzt lassen Sie ihn doch die Frage beantworten. Sie wurde gestellt, und jetzt ist der Redner dran. – Herr Reiß.

Tobias Reiß (CSU): Sie haben doch von den Gefahren für die Demokratie gesprochen. Die gibt es auf beiden Seiten. Deswegen sollten wir uns alle miteinander in eine Richtung bewegen, die der Demokratie und den Menschen in Bayern gerecht wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Sachen in Bayern, die passen einfach nicht zusammen. Jedem anständigen Bayern graut es bei der Vorstellung von Weißwürsten mit Ketchup – das passt einfach nicht – oder Lederhosen mit Flipflops – das geht einfach nicht – oder Hubert Aiwanger und staatstragend – das funktioniert einfach nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, das haben wir am vergangenen Samstag in Erding erlebt. Dort hat sich der Stellvertretende Ministerpräsident in die Front der Querdenker, Antidemokraten, Klimaleugner, Reichsbürger und Rechtsextremen eingereiht,

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist einfach unfair!)

während Botschaften wie "Ami, go home!" oder "Hängt die GRÜNEN, solange es noch Bäume gibt!" und ein Verbot von Chemtrails zu sehen waren und der Hass auf die Demokratie, die Wahrheit und das Establishment gefeiert wurde. All das wurde durch die Rede des Stellvertretenden Ministerpräsidenten noch befeuert, und das mit einer Respektlosigkeit gegenüber der Bundesregierung und in einer ordinären Sprache, für die ich mich als Niederbayerin fremdschäme.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Zeitungen haben getitelt: Redet wie die AfD, Aiwanger, der spinnt, Erding ist Tiefpunkt im demokratischen Diskurs. Während die AfD lobt: Wie ein ganz engagierter AfD-Minister geredet, fordert die KLJB in einem offenen Brief eine Entschuldigung. Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft stellt fest, im Grunde sind es ja Lügen, die verbreitet werden.

Lügen, genau, egal, ob es um das Heizungsgesetz, um den Fleischverzehr oder ums Gendern handelt: Es wird gelogen, dass sich die Balken biegen, und damit werden die Menschen verunsichert. Bei dieser Presseresonanz würde ich mich, ehrlich gesagt, dahoam im Saustall in Rahstorf verstecken und eine ganze Zeit lang nicht mehr rauskommen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wer auf jedem Volksfest ins Mikrofon schreit, dass die jungen Leute nach Hause gehen sollen, um Kinder zu zeugen und Häuser zu bauen, der ist, noch dazu wenn er

als Minister für Wirtschaft und Energieversorgung in diesem Land zuständig ist, verdammt noch einmal auch in der Pflicht, diesen jungen Menschen zu sagen, wie ihr Leben in Bayern in der Zukunft aussehen wird. Das haben wir heute vermisst.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Hat man Sie heute zur Regierungserklärung nicht reden lassen?)

Der ist auch in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass sie ein gutes Leben haben. Ein Minister, der für die Wirtschaft und Energieversorgung zuständig ist, muss dafür sorgen, dass Stromleitungen gebaut und nicht verhindert werden, dass der Transformationsprozess der Wirtschaft aus dem Ministerium heraus gestaltet wird, damit die Menschen auch zukünftig gute Arbeitsplätze bei uns haben und wir alle für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt stehen. Er darf nicht behaupten, dass früher alles besser war, sondern er muss jungen Leuten Lust machen, Zukunft zu gestalten. Wenn ein demokratisch gewähltes Mitglied dieses Hauses in Erding auf der Bühne steht und schreit: Es wird Zeit, dass wir uns die Demokratie zurückholen, dann macht man sich gemein mit den Faschisten, die unser Land schon einmal in den Abgrund geführt haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und mit Robert Habeck!)

Wer das am Tag danach auch noch gegenüber dem "Straubinger Tagblatt" bekräftigt, "selbst wenn" die Bundesregierung demokratisch gewählt wurde. – Was soll denn das heißen: "selbst wenn"?

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Germanistik-Seminar!)

Damit unterstreichen Sie die Aussage vom Samstag noch einmal in unverantwortlicher Art und Weise und hetzen weiter gegen Veganer, gegen andere Politiker*innen und gegen queere Menschen. Damit wird der Nährboden für Hass bereitet.

Eine Künstlerin hat gestern in Bogenhausen eindringlich erzählt, welchem Hass, welcher Hetze und welchen Morddrohungen sie und andere ausgesetzt waren, nachdem sie von Hubert Aiwanger auf Twitter verspottet wurden. Blicken Sie zurück in die Geschichte! Wir alle wissen, warum die erste Demokratie in Weimar zugrunde gegangen ist: Weil es nicht genügend Demokraten gab, die sie verteidigt hätten. Sie haben in Ihrem Amt als Stellvertretender Ministerpräsident Verantwortung, Verantwortung für dieses Land, für die Menschen und für unsere Demokratie mit allem, was Sie tun und sagen. Wenn Sie dieser Verantwortung nicht gerecht werden wollen oder können, sollten Sie die Konsequenzen ziehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. – Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von Herrn Kollegen Fabian Mehring für die FREIEN WÄHLER.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Müller, die zentrale politische Meldung dieses Tages jenseits unseres Plenarsaals aus der internationalen Politik bestand darin, dass sich heute ein irrer Diktator dahin gehend geäußert hat, dass er mit einem Anruf dreimal Hiroshima für den Westen befördern könnte und eine Million Tote in Europa auf den Weg bringen könnte. Es handelt sich um Lukaschenko, den Diktator von Weißrussland. Vor wenigen Stunden stand Ihr Fraktionschef an diesem Pult und hat gesagt, ich zitiere: Der Stellvertretende Bayerische Ministerpräsident agiere im Stile Lukaschenkos. – Für mich ist das der Tiefpunkt der Erding-Debatte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Es ist blöd mit dem Glashaus und den Steinen!)

Nachdem Sie, Frau Kollegin Müller, jetzt gerade am Rednerpult stehen, um einen Antrag auf Entlassung von Hubert Aiwanger zu unterstützen, will ich Ihnen die gleiche Chance geben wie dem Kollegen Gehring zuvor. Aus meiner Sicht gibt es jetzt drei Möglichkeiten: Distanzieren Sie sich entweder vom Antrag der GRÜNEN, oder distan-

zieren Sie sich von Ihrem Fraktionsvorsitzenden, oder fordern Sie Ihren Fraktionsvorsitzenden zum Rücktritt auf. Wenn Sie nichts von diesen drei Optionen tun, dann kann ich den Rest dieser Debatte nicht mehr ernst nehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege Mehring, Sie haben sich bisher nicht vom Auftritt Ihres Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ihres Parteivorsitzenden distanziert. Man muss auch immer wissen, mit wem man sich blicken lässt und von wem man sich unterstützen lässt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Der wollte auch nicht eine Million Tote befördern! Er hat für die Demokratie geworben! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Unerhört, Sie schämen sich nicht! – Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Ich möchte nur an eines erinnern: Vor neunzig Jahren wurde hier sowohl in Berlin als auch in München –

(Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Hören Sie mal auf zu brüllen. Wenn eine Frage gestellt wird, ist die Rednerin dran. Herr Pohl, Sie sind jetzt ruhig.

Ruth Müller (SPD): – dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt. Einzig die Sozialdemokraten haben dagegen gestimmt und damit einen Glanzpunkt ewiger Würde gesetzt. Ihr Stellvertretender Ministerpräsident hat einen Tiefpunkt der demokratischen Auseinandersetzung gesetzt.

(Petra Guttenberger (CSU): Was ist denn das für ein Schwachsinn? – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie stehen zu Lukaschenko!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Abgeordneten Henkel. Bitte schön.

Uli Henkel (AfD): Frau Müller von der SPD, die SPD und die GRÜNEN verlangen immer von jedem und von allen Toleranz. Wir sollen tolerant gegenüber diesem, gegenüber jenem und gegenüber allem sein. Das ist eigentlich die neue Religion. Ich frage mich da schon, wieso können Sie da nicht auch einmal ein bisschen tolerant gegenüber einem Wirtschaftsminister oder gegenüber Politikern im Hohen Haus sein, die eine andere Meinung als Sie vertreten, obwohl beide demokratisch gewählt sind, obwohl beide fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Warum können Sie nicht auch ein bisschen tolerant sein?

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Vielleicht gegenüber der AfD!)

Sie gehen jetzt sogar so weit, dass Sie das Wort "Faschisten" fallen lassen. Das finde ich ungehörig. Das schießt total über das Ziel hinaus. Das hat keiner hier im Landtag verdient.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Müller, bitte.

Ruth Müller (SPD): Mei, man kann sich darüber streiten, wer was verdient. Ich bin da anderer Meinung. Deswegen habe ich das auch so gesagt. Meine Toleranz und meine Toleranzgrenze im Umgang mit Hubert Aiwanger ist durchaus sehr, sehr hoch.

(Alexander König (CSU): Jetzt kommt's doch!)

Aber das war der Tiefpunkt, und damit war auch meine Toleranzgrenze überschritten.

(Alexander König (CSU): Ihr Niederbayern untereinander!)

– Sorry. Ich möchte einfach nur eines sagen: Es ist auch immer ein Unterschied, mit wem man sich einlässt und mit wem man sich unterhält. Ich habe am Samstag auf dem Kirchentag der Evangelischen Kirche in Nürnberg, während sich andere haben feiern lassen für Aussagen zur Demokratieverächtlichmachung, eine wunderbare und niveauvolle Diskussion mit unserem Bundeskanzler Olaf Scholz erleben dürfen.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe mir gedacht: Es ist toll, dass dieser Mann unser Bundeskanzler ist und nicht jemand anderer.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller.

(Uli Henkel (AfD): Der Evangelische Kirchentag war eine grüne Parteiveranstaltung!)

– Und Sie hören jetzt mal auf! Hören Sie jetzt mal zu: Ich schmeiß‘ Sie gleich raus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Na, na, na! Das macht man aber jetzt nicht!)

Wenn Sie jetzt nicht aufhören reinzubrüllen, geht’s ratzfatz hier durch die Tür in den Steinernen Saal. Haben wir uns verstanden?

(Alexander König (CSU): Ein bisschen Toleranz, bitte!)

Das gilt übrigens für alle hier im Raum, aber Sie habe ich jetzt erwischt, Herr Henkel.

(Unruhe)

Herr Dr. Fabian Mehring hat das Wort. Er ist bereits am Mikrofon, und er hält die nächste Rede. Bitte, Herr Dr. Mehring.

(Unruhe)

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Auf den Teil des Auditoriums, Herr Präsident, den Sie hinauszukomplimentieren gedenken, könnte ich als Redner gut verzichten. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir zunächst, in Replik auf die Debatte von heute Nachmittag ein für alle Mal klar-

zulegen, worum es de facto in dieser Aussprache nicht geht, nämlich um das, was in der Überschrift des Dringlichkeitsantrags der Antragsteller geschrieben steht. Die Demokratie zu stärken, darum geht es ganz sicher nicht, meine Damen und Herren. Worum es heute Abend geht, ist die Idee, einen Sturm im Wasserglas zu erzeugen,

(Alexander König (CSU): Genau so ist es!)

eine Politshow aufzuführen, um vom politischen Totalversagen der Ampel in Berlin abzulenken, und das ist ein ebenso schäbiges wie durchschaubares Manöver, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Jetzt werden Sie mir das, meine lieben Vertreterinnen und Vertreter der Mini-Ampel in Bayern, auch wenn ich die Gelegenheit hatte, das in der einen oder anderen Zwischenbemerkung im Tagesverlauf schon anzudeuten, nicht per se so glauben. Deshalb gestatten Sie mir, dass ich die Redezeit nutze, um ein wenig zu sezieren, was denn die konkreten Anwürfe und Vorwürfe sind, die Sie gegenüber dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten aussprechen, und Ihnen und euch klarzulegen, dass davon bei einer nüchternen Betrachtung, einer Betrachtung ohne Schaum vorm Mund, objektiv und ohne Wahlkampfgetöse, am Ende des Tages doch herzlich wenig übrig bleibt.

(Unruhe)

Erster Anwurf, meine Damen und Herren: Hubert Aiwanger sei auf einer rechtspopulistischen Veranstaltung gewesen, er hätte da nie hingehen dürfen, er hätte da ein AfD-Publikum bedient, das sei schon ein Skandal gewesen, dort aufzutreten. – Machen wir, meine Damen und Herren, doch zu diesem Anwurf mal den Faktencheck. Wer hat gesprochen auf dieser Veranstaltung? – Auf dieser Veranstaltung hat der Ministerpräsident des Freistaats Bayern gesprochen. Auf dieser Veranstaltung hat der Fraktionsvorsitzende der FDP im Bayerischen Landtag gesprochen. Auf dieser Veranstaltung hat der Obermeister der Metzger-Innung München Oberbayern gesprochen. Auf die-

ser Veranstaltung haben ehrenhafte Kollegen wie der Kollege Ritt in seiner Funktion für die Kaminkehrer und als Abgeordneter des Bayerischen Landtags gesprochen. Dass Sie im Nachhinein so tun, als wäre das ein rechter Aufmarsch gewesen, zeigt nicht nur, dass Sie mit einer Kampagne unterwegs sind, sondern das ist auch unfair und schäbig gegenüber den Menschen aus der politischen Mitte,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

die in Erding bei dieser Veranstaltung gewesen sind.

Sagen Sie denen ruhig, dass Sie die alle für Rechtspopulisten halten. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, dass die echten Rechtspopulisten sogar eine Gegendemo gegen diese Veranstaltung gemacht haben, weil sie gesagt haben: Die lassen uns da nicht rein, die wollen uns da nicht haben, die wollen keine Rechten, und deshalb basteln wir Plakate und schimpfen auf die Veranstalter. – Dann findet diese Veranstaltung statt, und dann ist nach dieser Veranstaltung eine Debatte, ob Hubert Aiwanger da die Rechten bespielt hat. Ja, in welchem Film sind Sie denn unterwegs, meine Damen und Herren?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Zweiter Anwurf: Was Hubert Aiwanger in Erding gesagt habe – so wird kolportiert –, das könne man sachlich nicht sagen, das sei sachlich nicht richtig, jenseits der Wortklauberei. Was hat er denn gesagt – zum Faktencheck –, meine Damen und Herren? – Hubert Aiwanger hat ein Demokratiedefizit identifiziert, hat für mehr Demokratie geworben im Hinblick auf das Gebäudeenergiegesetz.

Jetzt schauen wir uns doch mal an, was die Menschen in Deutschland über dieses Gesetz denken: Forsa-Umfrage, "n-tv": 80 % der Deutschen, 91 % in Ostdeutschland, lehnen dieses Gesetz ab. Drei Viertel der Anhänger der SPD lehnen dieses Gesetz ab. Drei Viertel der Anhänger der FDP lehnen dieses Gesetz ab, und fast 50 % – jetzt

kommt's! – der Anhänger der GRÜNEN lehnen dieses Gesetz ab. Sie machen Politik gegen den klar artikulierten Willen der Menschen in diesem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Jetzt ist das alleine noch nicht illegal; verstehen Sie mich nicht falsch. Ich habe das heute Nachmittag schon mit dem Kollegen Deisenhofer ausgetauscht. Natürlich ist es in einer repräsentativen Demokratie absolut parlamentarisch und juristisch legal, weil man gewählt worden ist und dann fünf Jahre lang repräsentativ demokratisch mit der Mehrheit, die man durch Wahlen erworben hat, arbeiten kann, auch Politik gegen die Menschen zu machen. Das ist das Recht, und das ist parlamentarisch legal. Ob es aber, meine Damen und Herren, demokratietheoretisch legitim ist, zu sagen, wir machen Politik gegen den artikulierten Willen von achtzig Prozent der Menschen in diesem Land, das ist eine Frage, die man sehr wohl stellen kann. Die stellt sich nicht nur Hubert Aiwanger, die stellen sich achtzig Prozent der Menschen in Deutschland.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Also, vielleicht muss man, meine Damen, meine Herren, in der Sache nicht gleich als bürgerliches Lager die Demokratie zurückholen. Aber, meine Damen und Herren, die Diskurshoheit in dieser Demokratie muss man sich als bürgerliches Lager sehr wohl zurückholen; denn eine Demokratie, in der ständig die wenigen Lauten den vielen Vernünftigen die Ansage machen, ist eine Tyrannei der Minderheit. Das wollen achtzig Prozent der Menschen in diesem Land nicht. Mit dieser Aussage ist Hubert Aiwanger nicht alleine. Damit hat er genau das gesagt, was die Menschen im Freistaat Bayern denken, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Nächster Anwurf: War das, was Hubert Aiwanger in Erding gesagt hat, Populismus? – Wir können, meine Damen, meine Herren, sehr gerne miteinander darüber diskutieren, ob Aussagen verschiedener Redner auf Demonstrationen, in bayerischen Bierzelten mal graduell etwas mehr oder etwas weniger populistisch gewesen sind. Wo es mich dann schon wirklich aus dem Stuhl gehoben hat heute Nachmittag war, als ausgerechnet der Kollege Martin Hagen gesagt hat, Aiwanger sei in Erding populistisch gewesen. Es kann natürlich sein, dass jemand, der die immer gleiche Position zum Gebäudeenergiegesetz vertritt, mal weniger und mal mehr populistisch ist. Aber, meine Damen und Herren, noch populistischer, als diesen Unsinn selbst zu beschließen im FDP-Bundesvorstand und dann anschließend in Bayern nach Erding zu fahren und den Menschen – Zitat – zu sagen, was das für ein Mist ist, der da auf den Weg gebracht wird, ja noch populistischer geht es nicht. Die personifizierte, die fleischgewordene Populismus-Strategie zum Gebäudeenergiegesetz heißt nicht Hubert Aiwanger, sondern Martin Hagen; die ist nicht in der Bayernkoalition, sondern bei der FDP, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vorletzter Anwurf: Hat Hubert Aiwanger mit markigen Sprüchen auf der Demo in Erding gespalten?

(Zuruf: Hat er wohl!)

Meine Damen und Herren, das ist es, was mich am meisten ärgert. Wissen Sie, warum? – Weil das eine politisch motivierte Umkehrung von Ursache und Wirkung ist. Nicht der Hubert Aiwanger, der in Erding ein Gesetz kommentiert hat, spaltet die Gesellschaft.

(Lebhafte Zurufe von den GRÜNEN)

Siebzig Prozent der Menschen haben eine Woche vor Erding in Umfragen gesagt, sie haben existenzielle Angst wegen dieses Gesetzes. Die 10.000 Leute sind doch nicht

wegen Hubert Aiwanger nach Erding gekommen in der Hoffnung, dass er vielleicht was Markiges sagt, sondern die sind gekommen, weil sie von Ihrer Politik in Berlin abgehängt sind. Nicht Aiwangers Sprüche spalten, die Politik der Ampel spaltet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie verkehren Ursache und Wirkung. Nicht Hubert Aiwanger hat mit markigen Sprüchen zwischenzeitlich – das ist wirklich bedenklich – zwanzig Prozent der Menschen in dieser Bundesrepublik in die politischen Arme rechter Rattenfänger und politischer Geschäftemacher getrieben.

(Lebhafter Widerspruch bei der AfD)

Das war nicht Hubert Aiwanger, das ist die Chaos-Politik der Ampel in Berlin, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie können doch nicht ernsthaft denjenigen, der ein Problem benennt, das Sie verursacht haben, dafür verantwortlich machen, dass dieses Problem besteht. Das ist absurd, meine Damen und Herren.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Jetzt erlauben Sie mir zum Abschluss noch einen sehr ernst gemeinten Gedanken, den ich mir nur deshalb parlamentsöffentlich – weil ich ja weiß, dass Sie schon darauf warten, dass ich etwas sage, was Sie dann bewusst missverstehen können – so deutlich zu sagen traue, weil ich von mir behaupten kann, dass ich wahrscheinlich einer der Redner in diesem Parlament bin, der sich in den letzten viereinhalb Jahren am allerklarsten und am allerschärfsten von der AfD distanziert hat, weil ich glaube, dass ich jemand bin, dem niemand von Ihnen und von euch jemals unterstellen würde, auch nur ein Jota rechts der Mitte unterwegs zu sein. Deshalb traue ich mich, meine Damen und Herren, auch zu sagen, dass es mich ärgert, wenn es jetzt immer heißt:

Fischen am rechten Rand. Ich sage Ihnen auch, warum mich das ärgert. Mich ärgert das, meine Damen und Herren, im Hinblick auf Umfragen, in denen 20 % der Menschen in Deutschland artikulieren, sie wollen im Moment aus Frustration über die Ampel-Politik in Berlin ihre Stimme der AfD geben. Wenn wir uns jetzt darauf verständigen, dass diese 20 % der Menschen in diesem Land und damit jeder fünfte Wähler für diese Demokratie verloren sind, wenn wir diese jetzt zu einem Territorium erklären, mit dem wir nicht mehr kommunizieren dürfen, wenn wir sagen, dann muss eben nach Erding nur die AfD fahren, dann werden wir in diesem Land Verhältnisse sehen, wie sie schon in Frankreich und in Tschechien herrschen.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Dann ist diese rechte populistische Schiene bei 25 und 30 % wie andernorts in Deutschland.

Wir haben einen anderen Auftrag, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Mistol (GRÜNE) – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Wir müssen von diesen 20 %, die den rechten Rattenfängern auf den Leim gegangen sind, so viele wie irgendwie möglich – das ist der Auftrag eines jeden aufrechten Demokraten – zurückholen in die politische Mitte. Das ist nicht Fischen am rechten Rand, das ist ein Dienst an der Demokratie, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU) – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Jürgen Mistol (GRÜNE): Viel Erfolg!)

Klappen wird das natürlich nicht – und damit komme ich zum Ende –, wenn wir das tun, indem wir den Diskurs verschieben und rechte Parolen nachahmen, sondern klappen wird dies dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir gute, wenn wir bessere Politik betreiben, so wie wir das in Bayern tun. Deshalb sind die Rechtspopulisten in Bayern auch die Loser der Rechtspopulisten in ganz Europa. Nirgends sind

die Rechten so schwach wie in Bayern, nicht nur, weil sie in Bayern eine Gurkentruppe sind, sondern weil wir in Bayern bessere Politik betreiben. Das, meine Damen und Herren, schützt uns vor den rechten Umtrieben! Wenn wir dieses Problem lösen wollen, muss vielleicht wirklich ein Wirtschaftsminister zurücktreten, aber ganz sicher nicht der bayerische, sondern – so empfehle ich das – idealerweise der Berliner Wirtschaftsminister, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl
(FREIE WÄHLER): Bravo!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen drei Anmeldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste kommt von Frau Kollegin Kerstin Celina, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Kerstin Celina (GRÜNE): Herr Mehring, wer laut sein muss, um sich Gehör zu verschaffen, hat in den seltensten Fällen recht.

(Zurufe: Oh!)

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das wird Frau Schulze ungern hören.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl
(FREIE WÄHLER): Bravo!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Celina ist jetzt dran!

Kerstin Celina (GRÜNE): Sie haben in Ihrer Rede von einer Tyrannei der Minderheit in Berlin gesprochen. Habe ich das richtig verstanden? Sie sagen damit auch klar, dass eine demokratisch gewählte Fraktion, Teil einer Koalition, die die Mehrheit bildet, in Berlin eine Tyrannei einer Minderheit ausübt. Das ist ein genauso demokratiefeindlicher Spruch wie die Sprüche,

(Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

die Ihr Fraktionsvorsitzender in Erding abgeliefert hat.

Die zweite Frage, die ich an Sie stelle, ist:

(Alexander König (CSU): Das ist keine Fragestunde heute!)

Wie schätzen Sie die Rolle von Präsident Trump ein, der nahezu in der gleichen Art und Weise in den USA argumentiert hat, der irgendwann zum Sturm auf das Kapitol aufgerufen hat, nachdem er monatelang vorher gehetzt, agitiert und den Rechten nach dem Mund geredet hat, –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Frau Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): – mit fast den gleichen Worten wie in Erding.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Wie schätzen Sie die Rolle von Trump ein? Vergleichen Sie das bitte mit Deutschland.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Einen kleinen Moment bitte, Frau Guttenberger. Sie können nicht die Rednerin dreißig Sekunden lang niederklatschen, um dann mich aufzufordern – –

(Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Ja, Ihre Fraktion hat es getan, Sie vielleicht nicht persönlich, aber die zwanzig Sekunden, die Sie sie niedergeklatscht haben, erhält sie bei mir obendrauf.

(Alexander König (CSU): Wir sind noch ein paar Stunden da! – Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Derjenige, der darüber entscheidet, Frau Guttenberger, bin ich und niemand sonst.

(Zurufe: Oh! – Beifall bei der SPD)

Jetzt sind Sie dran, Herr Dr. Mehring. Es ist ja Wahnsinn! Herr Mehring, Sie sind dran.

(Petra Guttenberger (CSU): Manche Gesten würde ich mir sparen!)

Frau Guttenberger, wollen Sie wirklich mit mir diskutieren? Sie sind doch Mitglied des Ältestenrats, und die Präsidentin hat zuletzt in einer der Ältestenratssitzungen gesagt, dass das, was das Präsidium hier oben sagt, Gesetz ist. Wenn ich ihr 15 Sekunden obendrauf gebe, bitte ich darum, dies nicht mit Zwischenrufen zu kommentieren, sondern jetzt Herrn Dr. Mehring die einminütige Antwort zu überlassen.

(Zuruf: Oh!)

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ich hoffe sehr, dass diese 15 Sekunden in Diensten des Rechtsfriedens zwischen Präsidium und Ausschussvorsitzender auch mir im Anschluss zufallen. – Frau Kollegin Celina, mit Ihrer ersten Frage amüsieren Sie mich ein wenig, weil ich ja ungefähr in der Mitte meiner Rede sagte, mir sei schon sehr klar, dass man alles, was ich sagen werde, im Anschluss misszuinterpretieren versuchen werde. An der Stelle kann ich ein bisschen nachhelfen zum Stichwort Tyrannei der Minderheit und der Mehrheit. Sie wissen, ich bin promovierter Politikwissenschaftler.

(Zurufe)

Die Tyrannei der Minderheit und Tyrannei der Mehrheit sind zwei feststehende Begriffe in der politikwissenschaftlichen Forschung. Ich empfehle Ihnen die jüngste Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung. Darin geht es unter der Überschrift "Tyrannei der Minderheit" im Rahmen der Energiewende um die Fragen von Populismus bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten. Sie vermuten da jetzt etwas Böses, es war aber einfach nur etwas Fachliches.

Zu Ihrer zweiten Frage, Frau Kollegin Celina, wie ich es mit Trump halte: Ehrlicherweise habe ich Trump so in Erinnerung, dass das einer war, der eher weniger mit Aiwanger herumgehangen ist, sondern etwas mehr mit den Putins und Lukaschenkos dieser

Welt. Deshalb mache ich mir hier seit heute um Herrn von Brunn und Frau Kollegin Schulze deutlich mehr Sorgen als um meinen Parteichef.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Kollegen Sebastian Körber, FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Herr Mehring, Sie haben gerade dargelegt, Sie sind promovierter Politikwissenschaftler. Sie legen auch sehr viel Wert auf Fakten, was ich grundsätzlich sehr gut finde. Hier habe ich einmal eine Nachfrage: Sie haben gerade die Behauptung aufgestellt, dass Martin Hagen im FDP-Bundesvorstand dem GEG zugestimmt hat. Wissen Sie eigentlich selbst, dass das Gesetz aus dem Bundeswirtschaftsministerium kommt? Vielleicht können Sie mir zumindest einmal die Quelle benennen, wie Sie zu der Behauptung kommen, dass Martin Hagen im Bundesvorstand der FDP dem GEG zugestimmt hat. Einfach nur, damit wir das noch im Protokoll haben. Man kann hier natürlich herumschreien, Fakten erfinden und was weiß ich was sagen, aber vielleicht können Sie mir zumindest noch die Quelle dafür benennen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte sehr, Herr Dr. Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Jetzt geht es wieder disziplinierter zu. Ich hatte, Herr Kollege Körber, irgendwie schon lange das mich leider beschleichende Gefühl, dass die bayerische Mini-Ampel in Berlin leider nicht ganz so viel zu sagen hat und deshalb bayerische Interessen nicht so richtig gut vertreten kann. Aber dass sie so wenig zu sagen hat, hätte nicht einmal ich zu träumen gewagt.

(Zurufe – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Abgeordneten Mannes, AfD-Fraktion.

(Unruhe – Sebastian Körber (FDP): Was ist das für eine Antwort? Was soll denn das?)

Jetzt beruhigt euch. Herr Mannes hat das Wort. Bitte, Herr Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Herr Mehring, Sie waren jetzt wieder sehr großzügig. Sie haben die AfD, also auch mich, als Ratten bezeichnet.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Fänger! Das ist ein Unterschied.

Gerd Mannes (AfD): Das finde ich jetzt nicht so gut. Ich sage Ihnen etwas, was Sie nicht verstehen: Die AfD hat klare Positionen, und die sind faktenbasiert, im Gegensatz zu Ihnen. Sie wechseln ständig Ihre Meinung. Ich weiß nicht, was daran populistisch oder schlecht ist. Ich sage Ihnen einmal etwas: Die ganze Energiewende hat die Leute unzufrieden gemacht. Warum? – Nicht, weil sie schlechte Laune haben, sondern weil ihnen das Geld fehlt. Wir haben das vorausgesehen. Die ganze Politik mit der Inflation und all das haben Sie falsch gemacht. Wir wussten das schon.

Jetzt noch etwas zu dem Gebäudeenergiegesetz: Dem Vorläufer haben Sie, die Staatsregierung, die FREIEN WÄHLER und die CSU, im Bundesrat 2020 zugestimmt. Das ist so ein – sage ich einmal – ein "Heizgesetz light". Sie sind die wahren Populisten, weil Sie ständig hin- und herspringen im Gegensatz zur AfD.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Mannes. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Gerd Mannes (AfD): Wir haben klare Positionen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön. Übrigens auch 15 Sekunden. – Herr Dr. Mehring, Sie sind dran.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Kollege Mannes, ich finde das Beispiel mit den Rattenfängern ein bisschen einfältig und bemühe deshalb noch mal das Wording,

von dem ich weiß, dass es Sie immer so herrlich aufregt: das vom Blinddarm der Demokratie.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wissen Sie, ein Blinddarm ist ein redundantes Organ im biologischen Sinne. Das heißt, das hat man früher mal im menschlichen Körper gehabt, und dann hat man irgendwann evolutionsbiologisch festgestellt,

(Zurufe von der AfD)

das ist eher schädlich, das braucht kein Mensch. Deshalb hat das Ding im Körper keine Funktion mehr. Genauso ist es in der Demokratie mit dem Rechtspopulismus und der AfD. Wir wissen seit achtzig Jahren, das braucht kein Mensch. Deshalb sage ich ganz klar, nicht nur im Sinne einer Abgrenzung, sondern im Sinne einer tiefen inneren politischen Überzeugung:

(Zuruf des Abgeordneten Gerd Mannes (AfD))

Für mich sind Sie Rattenfänger und Geschäftemacher. Ich will mit Ihnen nichts zu tun haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Michael Busch. Ach Quatsch, Martin Hagen, Fraktionsvorsitzender der FDP. Bitte sehr, Herr Hagen.

Martin Hagen (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Vorredner Fabian Mehring, dass Sie als FREIE WÄHLER von der Bundespolitik nicht so viel verstehen, vielleicht nicht so ganz auseinanderhalten können, was eine Bundesregierung tut, was ein Bundesvorstand tut, was ein Bundestag tut, sehe ich Ihnen nach.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Ich habe mir aber schon ein bisschen Sorgen gemacht, als Sie hier am Rednerpult standen. Sie waren der mit Abstand lauteste Redner heute. Ihr Kopf wurde immer röter, und als dann Ihre Ader am Kopf immer mehr zu schwellen begann, habe ich mir kurz gedacht: Ist der Dominik Spitzer im Saal, unser Arzt? Hat er seinen Arztkoffer dabei? Es könnte hier zu einem medizinischen Notfall kommen. – Ich verstehe es aber auch, Herr Kollege Mehring – –

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

– Jetzt rede ich, Herr Kollege Mehring. Jetzt haben Sie mal kurz Zeit zu verschnaufen.
– Ich verstehe es ja, weil Sie hatten heute hier zweifellos den schwierigsten Job, nämlich die Ausfälle Ihres Parteifreunds Aiwanger zu verteidigen.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Insgesamt zeigt diese Debatte heute wieder, dass die gute Marion Gräfin Dönhoff recht hatte, als sie mal geschrieben hat, der legitime Platz des Liberalen sei zwischen allen Stühlen; denn genau so fühlt man sich hier als Liberaler.

Auf der einen Seite haben wir Hubert Aiwanger, der auf der Demonstration in Erding davon schwadroniert, man müsse sich die Demokratie zurückholen, und der dann sogar am nächsten Tag noch nachlegt und damit beweist, dass die Pferde nicht mit ihm durchgegangen sind, sondern dass er wirklich so denkt und sagt: Selbst wenn eine Regierung demokratisch gewählt wird, sei nicht zwingend alles, was sie entscheidet, auch demokratisch im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung.

Das ist ein Demokratieverständnis, wo es eigentlich jedem Demokraten die Zehennägel aufrollen muss. Dass ausgerechnet Sie, Herr Mehring, als Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft das hier noch verteidigen müssen, da habe ich wirklich Mitleid mit Ihnen. Mein ehrliches Mitgefühl!

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Außer Ihnen, den FREIEN WÄHLERN, gab es ja auch nur eine Fraktion hier im Haus,

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

die die Ausfälle von Hubert Aiwanger verteidigt hat, nämlich die AfD. Alle anderen Fraktionen, inklusive Ihres Koalitionspartners, haben ja berechtigte Kritik geübt. Auch Ihre Kommunalpolitiker in Erding sahen das ähnlich. Rainer Mehringer, Stadtrat und stellvertretender Landrat in Erding, hat gesagt, ab einem gewissen Lebensalter muss man sich doch im Griff haben. Die Zweite Bürgermeisterin von Erding, Petra Bauernfeind, auch eine Parteifreundin von Ihnen – FREIE WÄHLER –, hat gesagt, es war unpassend sowohl in der Wortwahl als auch im Inhalt. Also, das ist die Seite FREIE WÄHLER.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie ist das mit der FDP?)

Auf der anderen Seite – Herr Pohl – sehen wir die GRÜNEN mit ihren Übertreibungen, die sich dermaßen empören, dass sie sich sogar dazu versteigen zu sagen, der Ministerpräsident müsse Herrn Aiwanger aus dem Amt entlassen, und die nicht nur die völlig kritikwürdigen Aussagen von Hubert Aiwanger kritisieren, sondern generell versuchen, den Protest gegen den "Graichen"-Entwurf eines Gebäudeenergiegesetzes zu delegitimieren, zum Beispiel indem Herr Gehring sagt, man müsse doch aufpassen, mit wem man demonstriert, im Publikum seien ja auch Rechtsradikale gewesen. Das offenbart Ihre Heuchelei, weil Sie, die GRÜNEN, bekanntermaßen nie Probleme damit haben, mit Linksradiкаlen gemeinsam auf Demonstrationen zu gehen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Es wäre ja auch schlimm, wenn man Rechtsradikalen eine solche Macht geben würde, dass man sagt, sobald sie sich in eine Menschenmenge mischen, müssen alle anderen diesen Platz verlassen. Wenn man der AfD die Macht geben würde, dass man be-

rechtigten Unmut aus Angst vor der falschen Seite nicht mehr artikulieren kann, dann wäre das genau die falsche Art, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Ich halte es deswegen eher mit dem Journalisten des "Münchner Merkur" Christian Deutschländer, der diese Woche geschrieben hat: Politik muss öfter raus aus ihrem Elfenbeinturm und mit klaren Botschaften und klarer Haltung dorthin gehen, wo Angst, Sorgen und Zorn sind.

Es kommt eben nicht darauf an, wo man etwas sagt, sondern es kommt darauf an, was man sagt. Das ist der Unterschied, meine Damen und Herren. Man kann auf einer solchen Demonstration die Menschen aufwiegeln und die Demokratie delegitimieren, wie das Herr Aiwanger gemacht hat. Man kann aber auch, wie der Ministerpräsident oder ich das gemacht haben, sachlich über das Thema sprechen. Ich habe beispielsweise auf der einen Seite die Notwendigkeit des Klimaschutzes betont und gesagt: Wer den Menschen vorspielt, es könne alles bleiben, wie es ist, der streut ihnen Sand in die Augen. – Gleichzeitig habe ich auf der anderen Seite gesagt, was sich am Gebäudeenergiegesetz ändern muss, damit aus einem schlechten Entwurf ein gutes Gesetz wird.

(Zuruf von der AfD: Keiner wollte es hören!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie wir gestern gesehen haben, wurde Punkt für Punkt alles, was ich in Erding kritisiert habe, in den Beschlüssen der Ampel geändert. Wir haben jetzt einen guten Entwurf, und das ist eben der Unterschied. Die einen machen Krawall, die anderen machen Politik.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Hagen, bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. Es gibt eine Zwischenbemerkung vom Herrn Kollegen Dr. Mehring, FREIE WÄHLER.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Lieber Martin, drei Fragen: Nachdem wir ja jetzt so eine Art Selbsthilfegruppe sind – deine Einsicht in meine Rolle, meine Einsicht in deine Ausgeliefertheit in der Berliner Rolle –, zunächst die Frage: Was war denn deine Motivation und Erwartungshaltung auf dem Weg nach Erding? Ich kenne dich gut genug, um zu wissen, dass du da nicht hingefahren bist, um dich auspeifen zu lassen. Wie wäre es denn gewesen, wenn du nicht ausgepiffen worden wärst? Wäre deine Beurteilung dann heute im Nachgang dieser Veranstaltung dieselbe? Erste Frage.

Zweite Frage: Ich lerne ja immer gern von dir. Was ist denn dann deine Rolle auf der Bundesebene, wenn der Bundesvorstand nichts zu sagen hat? Für mich wäre einfach wichtig zu wissen, macht das Sinn, mit dir überhaupt über Bundespolitik zu sprechen, oder ist das heute das Münchner Bekenntnis: Ich kenne da eh keinen, und mir hört da eh keiner zu?

Die letzte Frage ist jetzt ein bisschen augenzwinkernd gemeint, weil sich der Kollege Dr. Spitzer ja auch um meine Schlagader kümmern soll: Was mache ich, wenn ich mich im Herbst in Rage rede und die FDP nicht mehr im Landtag ist? Kommt der Kollege Spitzer dann trotzdem und kümmert sich um mich?

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Martin Hagen (FDP): Herr Kollege Mehring, zum einen: Es gab zwei Politiker, die in Erding von einer lauten Minderheit mit Trillerpfeifen ausgepiffen wurden, und es gab einen, bei dem das nicht der Fall war. Wenn auf einer Versammlung AfDler stehen, werde ich lieber von denen ausgepiffen, als dass die mir applaudieren. Das ist der Unterschied.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER) – Zurufe von der AfD)

Zum Zweiten, zu Ihrer Frage: Nein, der Bundesvorstand einer Partei stimmt nicht über Vorlagen ab, die im Kabinett sind, sondern der legt die Leitlinien der Politik fest,

(Zuruf: Kaffeeclub!)

zum Beispiel – das ist die Frage, ob es Sinn macht, über bundespolitische Vorhaben mit bayerischen Landespolitikern zu reden – waren es bayerische Landespolitiker, die durchgesetzt haben, dass im bayerischen Interesse – weil das in Bayern eben sehr verbreitet ist – Holzheizungen weiterhin erlaubt werden. Das ist eben der Unterschied zwischen Regierungsfraktionen und Ihnen, die bei der Bundestagswahl um die 2 % bekommen haben. Wir können eben Dinge ändern, Sie können nur meckern.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hagen. – Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Michael Busch.

Michael Busch (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es fällt einem schwer, jetzt noch zu reden, aber ich muss es einfach tun. Für alle, die am vergangenen Wochenende beim Kirchentag in Nürnberg waren, muss es ein bisschen wie Aufwachen aus einem schönen Traum gewesen sein. Dort der respektvolle Umgang unter 70.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, unterschiedlich denkenden Menschen, die alle tatsächlich christliche Werte leben, und dann der Stellvertretende Ministerpräsident Hubert Aiwanger. Ich zitiere trotz allem noch mal, auch wenn es schon viermal geschehen ist: "Jetzt ist der Punkt erreicht, wo endlich die schweigende große Mehrheit dieses Landes sich die Demokratie wieder zurückholen muss" und die Chaoten in Berlin vor sich her treiben muss. – Herr Minister, ist das ein Aufruf zum Staatsstreich wie von Trump mit seiner Hetze zum Sturm aufs Kapitol, oder wie müssen wir das verstehen? Herr Aiwanger, wir leben in einer Demokratie und Sie, ebenso wie Ihr Amt, sind ein Teil davon.

Herr Kollege Dr. Mehring, nein, es geht nicht um die Demonstration, es geht nicht um Meinung, sondern es geht um die Wortwahl. Und die ist ganz klar bei denen, von denen Sie sich auch abgrenzen wollen, nämlich bei den Rechtsradikalen und den Rechtsextremisten. Das ist das Problem dieser Wortwahl. Herr Minister, hier gäbe es vielleicht eine Möglichkeit, sich zu entschuldigen.

Auch ich werde dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN nicht zustimmen. Aber ich habe Angst, wenn solche Worte in Regierungskreisen kursieren. Ich habe vorhin genau hingeschaut: Herr Kollege Dr. Mehring, bei der CSU hat niemand geklatscht. Niemand. Nur hier.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Da habe ich vorhin einen anderen Eindruck gehabt!)

– Ich habe es von hinten gesehen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Schauen wir ins Protokoll!)

Herr Stellvertretender Ministerpräsident, Sie stehen in besonderer Verantwortung für unsere Demokratie. Diese wegen Wahlkampfaktik leichtfertig aufs Spiel zu setzen, halte ich für voll daneben.

(Staatsminister Hubert Aiwanger: Das Gegenteil ist der Fall!)

– Dann entschuldigen Sie sich, und klären Sie uns auf. Ich bin bei Herrn Kollegen Reiß: Wir sollten alle miteinander in der Sprache abrüsten und die Probleme gemeinsam angehen, die unser Land, unser Bayern und unser Deutschland betreffen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Busch. – Der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Christian Klingen.

Christian Klingen (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! "Demokratie gemeinsam stärken statt das Lied der Rechtspopulisten singen!" – Das verlangen genau die Richtigen, weil die GRÜNEN ja die vehe-

mentesten Vertreter der Demokratie und der demokratischen Rechte des Einzelnen sind. Wie war das noch? – Autos verbieten, Flugreisen verbieten, Fleischessen verbieten, dafür Heizungshammer, Gendern und die sexuelle Indoktrination von Kindern. Kritik an Massenmigration verbieten. Moment mal: Gehört so etwas nicht auch zur Meinungsfreiheit? Oder versteht die grüne Verbotspartei unter Meinungsfreiheit nur die Freiheit, die vom links-grün-bunten Lager genehmigten Meinungen zu äußern?

Zum Demokratieverständnis der grünen Meinungsvorgeber gehört es ganz offenbar auch, die Entlassung eines Ministers zu fordern, nur weil er auf einer Kundgebung gesprochen hat, natürlich einer Kundgebung, die nicht die Meinungs- und Deutungshoheit der GRÜNEN vertreten hat. Außerdem hat er die Misswirtschaft der Ampel kritisiert. Kritik an der Regierung ist also nur dann legitim, wenn sie von den GRÜNEN als Opposition betrieben wird. Wenn sich die Kritik jedoch gegen Vorgaben grüner Regierungsvertreter richtet, ist sie Majestätsbeleidigung. Plötzlich stört die viel beschworene Meinungsfreiheit.

Wie praktisch ist das für die Partei, die sich als Hüterin von Demokratie und Moral aufspielt! Minister Aiwanger soll entlassen werden, was die Koalition zum Platzen bringen würde. Und dann? – Ich vermute einmal, die GRÜNEN würden sich als Ersatz anbieten, ganz selbstlos versteht sich. Minister Aiwanger hat sich also Entgleisungen erlaubt, wo doch eigentlich die GRÜNEN Experten für Entgleisungen sind. Ich erinnere an die jüngsten Äußerungen des Bundeslandwirtschaftsministers Özdemir von den GRÜNEN in der Sendung von Markus Lanz. Da hat der Ernährungsguru, untermalt von wilden Rumpelstilzchengesten, Lesern von regierungskritischen Medien die Fähigkeit abgesprochen, mit Messer und Gabel zu essen. Genau der gleiche Cem Özdemir, der vor laufender Kamera Passanten anschnauzte, sie sollten, ich zitiere, "die Fresse halten". Wird hier parteiintern bei den GRÜNEN auch dessen Ablösung verlangt? – Denn alles andere wäre ja ziemlich scheinheilig.

Kurz gesagt: Was der Demokratie schadet, ist nicht die Meinungsfreiheit, sondern Skandale wie der Amigofall Graichen oder die sehr bedenkliche diplomatische Entglei-

sung von Außenministerin Baerbock, die Deutschland öffentlich in einem Krieg gegen Russland währte. Bevor die GRÜNEN nach Demokratie und der Verantwortung von Amtsträgern schreien, sollten sie erst einmal vor der eigenen Türe kehren und gewahr werden, dass sie für eine zwar laute, aber zunehmend schrumpfende Minderheit stehen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/29328 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der FDP und die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen, Busch und Sauter. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/29355 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das ist der Rest des Hauses sowie die fraktionslosen Abgeordneten Busch und Sauter. Enthaltungen? – Bei Enthaltung der fraktionslosen Abgeordneten Klingen und Bayerbach. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.